

Feinstaub und Lärm: **Alarmstufe Rot** an der B 1



Mit über hundert Teilnehmern platzte die Versammlung der B 1-Initiative im Heliand-Saal aus allen Nähten. (Bild: Ralf Rottmann)

Zwangsvollstreckung, Musterklage und neue Forderungen - die Wogen gingen hoch bei der Versammlung der B 1-Initiative. Am Pranger steht die bislang untätige Stadt. Doch kein Vertreter hatte den Schneid, der Einladung zu folgen.

Man spürte förmlich den Aufwind, der durch die Reihen des völlig überfüllten Gemeindesaals der Heliand-Gemeinde ging. Erst das Urteil des Obergerichtes, das die Stadt zwingt, über die uralten Forderungen, den Lkw-Verkehr zum Schutz der B 1-Anlieger nachts umzuleiten, neu zu bescheiden. Das Gericht hält eine Umleitung des Lkw-Verkehrs bei Nacht auf den Autobahnring rund um Dortmund für machbar. Dann die neue "Ampelkarte" für die Luftschadstoffe, die die B 1 in Alarm-Rot taucht.

"Endlich haben wir etwas in der Hand", freute sich Sprecherin Dr. Barbara Kreibich. Und die Zeit arbeitet ausnahmsweise mal für Bürger-Initiative. 2010 werden die Grenzen für Feinstäube weiter gesenkt - wo die Werte doch heute schon an der B 1 an jedem dritten Tag im Jahr überschritten werden.

"Die Stadt hat nie die Messungen aus dem Jahr 2000 anerkannt", beschwert sich die Bürger-Initiative. Und eine Messstation für Feinstaub gab es nicht. "Warum eigentlich?" war die am häufigsten gestellte Frage an diesem Abend. Hans-Jörg Hübner outete sich als Anlieger und CDU-Ratsmitglied und machte sich mit seiner Begründung, die Messanlagen seien zu teuer, keine Freunde. Thomas Quittek (Bund für Umwelt und Naturschutz) erwiderte nur kurz, man hätte doch eine woanders abgebaute Anlage aufstellen können.

Nein, das war nicht der Grund, wie jedermann an der B 1 argwöhnt, sondern man habe den Anrainern keine Munition liefern wollen. Nach dem Motto: "Wenn wir kein Problem feststellen, haben wir auch kein Problem."

Die Anwohner wissen es besser. Viel zu lange schon habe man sich hinhalten lassen. Jetzt werden Nägel mit Köpfen gemacht. "Die Stadt ist zuständig für verkehrslenkende Maßnahmen", erklärte Anwältin Rülle-Hengesbach. "Ich habe den Auftrag erhalten, in der nächsten Woche Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gegen die Stadt einzuleiten." Es geht um 500 000 Euro, wenn die Stadt das Urteil vom Juni nicht umsetzt. Applaus im Gemeindesaal.

Und Thomas Quittek setzte noch einen drauf: Der BUND werde eine Musterklage gegen den Luftreinhalteplan des Regierungspräsidenten und die Stadt Dortmund führen. Noch mehr Applaus im Saal.

Die nach Ansicht von Sprecherin Barbara Kreibich sehr

"sparsame Lösung" eines Lkw-Nachfahrverbotes ist mit neuen Fakten gestiegen: Jetzt fordert man, was für die Brackeler Straße längst gilt: ein generelles Lkw-Verbot. Man will nicht auf den Tunnel warten. Der Transitverkehr soll auf die Autobahn.

17.10.2007 Von Gerald Nill